Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 17 (1937-1938)

Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Kundschau

Schweizerische Umschau.

92 Prozent für das Rätoromanische. / Zur Wiederauffrischung des roten Basels. / Die Immer-noch-nicht-Sanierung der SBB.

In feinem lefenswerten Buchlein "Die viersprachige Schweig" (Berlag Suber & Co., Frauenfeld; 32 Seiten) fragt alt Bundesrat Beinz Häberlin: "Können Sie sich einen Diftator in ber mehrsprachigen Schweiz benten? — Müßte ober durfte er ein Deutschschweizer, ein Tessiner, ein Welscher sein? — Gine entfernte Chance hätte höchstens der romantsche Prätendent, seines harmlosen Hintergrunbes wegen. Ja gewiß! bie Harmlosigfeit fennzeichnet in den Augen vieler Miteidgenossen den Kätoromanen und das Kätoromanische. Man fürchtet sich nicht vor ihnen. Man traut ihnen weder Macht noch Ginfluß zu. Man gönnt ihnen bloß ihr friedliches Leben in einem Bintel bes Landes. Und ber Gindruck biefer Harmlofigkeit ift es auch zu einem guten Teil gewesen, der bas ich on e Resultat der eidgenössischen Bolksabstimmung vom 20. Februar 1938 ermöglicht hat. Da sind von insgesamt 635,000 Stimmenden volle 573,000 mit einem "Ja!" zur Urne gegangen, um sich für die Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache einzuseten. Was es aber bedeutet, für eine Berfassungsvorlage eine Mehrheit von 92 Prozent aufzubringen, sind wir uns gemeinhin und besonders in diefem Falle nur ungenügend bewußt. Jedenfalls konnte es sich ba nicht bloß um eine harmlose Sache, sondern es mußte sich um eine Sache von wesentlicher Bebeutung handeln. Erste Boraussetzung war ber Selbsterhaltungswille bes ratoromanischen Boltes, zweite Borausjetung war ber Wille der Miteidgenoffen, diefer fleinen Minderheit ihr Recht werden gu laffen, britte Borausfegung war bie Notwendigkeit, auf fremde Ginmifchungen eine beutliche Antwort zu geben, und vierte Borausjegung mar das Bedürfnis bes Schweizervoltes, feinen Staatsgedanten aufs Reue flar zu proklamieren. "Durch die Anerkennung des Rätoromanischen als schweizerische Landessprache bejahen wir die geistigen Grundlagen, das Wefen, den eigentlichen Sinn des eidgenöffis schen Staatsgebankens", so hat Bundesrat Etter richtig bargetan. Die politischen Beitumftande ließen die ratoromanische Frage zu einer Bedeutung heranwachsen, die man ihr früher niemals beigemessen hatte.

Die Boltsabstimmung gestaltete sich tampflos. Wir fahen deshalb weder werbende noch bestreitende Flugblätter und Plakate. Dagegen lagen natürlich die politischen Parteien ihrer Pflicht ber Stellungnahme ob. Blieben dabei die rein politischen Außerungen innerhalb eines mehr ober weniger engen Rahmens von Sachlichkeit, jo leuchteten die Blüten kulturellen Lebens um jo reiner und schöner. Kaum eine Zeitung gab es, die nicht mit mehreren Artikeln die Bejensart ber Rätoromanen erläuternd und gewinnend barlegte. Unter ben zahlreichen Publikationen dieser Art möchte ich nur die von N. Biert ausgezeichnet rebigierte Sonderbeilage der "Neuen Burcher Zeitung" - "Ratoromanisches Erbe" betitelt — hervorheben, zu welcher sich gute Renner bes rätischen Problems die Banbe reichten. Der eigenartige, aber bantbare Stoff wurde barüber hinaus auch in Brofchüren geformt. Bereits ist der Vortrag von alt Bundesrat haberlin erwähnt worben, ber fich mit bem allgemeinen Sprachenproblem befagt. Saberlin hat sich aber auch noch im Speziellen um bas Romanische verdient gemacht, indem er Beiber Lanfels umfassende und fein abgewogene Darlegung über "Die Ratoromanen" (I Retoromanci) ins Deutsche übersette (Berlag von huber & Co. A.-G. in Frauenfelb, 1936; 33 Seiten). Schärfer auf unfer besonderes Thema

ber Anerkennung zugeschnitten erscheint die Arbeit von Brof. W. A. Liebesfind über "Die romanische Schweiz als nationales Problem" (2. Auflage, Berlag Rub. Tichuby in Glarus 1936; 14 Seiten). Bon statistischen Grundlagen ausgehend, entwickelt der Berfasser die Forderung der Erhaltung des Rätoromanischen als eidgenössische Notwendigkeit und empfiehlt den Romanen eine intensivere Pflege ihrer Sprache. Eine Reihe origineller Betrachtungen wird da mit Optimismus vorgetragen. Bon Prof. Dr. C. Pult in Sent stammt sodann die Schrift "Rätoromanisch, unsere vierte Landessprache" (Beröffentlichungen der Handelshochschule St. Gallen; Berlag der Fehr'schen Buchhandlung, St. Gallen 1938; 27 Seiten). Hier hat ein Philologe das Wort ergriffen, was sich darin ausprägt, daß uns die sprachliche Eigenart klar gemacht wird. Pult versteht sich dabei trefflich auf die Berteidigung der "Quarta lingua" gegenüber Frredentisten und irrenden Sprachgelehrten. Bir bekommen von ihm auch Cinblick in die wichtigsten Fakten der Sprachgeschichte. Auf kleinem Raum zusammengedrängt, ist diese Arbeit Pults in ihrer Art wohl das Lebendigste und Beste, was auf die Verfassungsrevision hin dargeboten wurde. Endlich bleibt noch hinzuweisen auf das Sechste Heft der "Schweizerischen Hochschulzeitung", welches unter ber Bezeichnung "Rätoromanisch" dem bündnerischen Ur-Idiom gewidmet ist. Der Bogen dieser unter Mitredaktion von Leza Uffer entstandenen Publikation ist über bas Romanentum in allen seinen Beziehungen - Geschichte, Sprache, Kultur - gespannt. Auch diese instruktive Sammlung von Auffähen und Gedichten dürfen wir dantbar unter die bleibenden Werte einreihen. Möge die Zufunft all den optimistisch gestimmten Berfassern dieser Schriften recht geben!

Ich kann nicht unterlassen, zum Abschied von diesem Thema noch eine staatsrechtliche Bemerkung beizusügen. Der neue Artikel 116 der Bundesversassung ist vom Bundesrat zweisellos mit Eleganz so sormuliert worden, daß den Romanen ihr Recht wird, dem Bunde jedoch keine erhebliche Pflicht erwächst. Man erreichte das durch die Unterscheidung von Nationalsprachen und Amtssprachen. Das Rätoromanische erscheint nun als schweizerische Nationalsprache, nicht aber als eidgenössische Amtssprache. Die Bersassungsrevision stellt damit nichtsdestoweniger erstmals eine Verbindung zwischen dem Bunde und dem rätoromanischen Bolke her. Da das Romanentum bisher als eine interne Ansgelegen nicht sün des Standes Graubünden anzuerkennen. Heute jedoch genügte ihm die bündnerische Anerkennung nicht mehr: So wurden Krast und Schutz der größeren Eidgenossenschaft aufgesucht. Im Prinzip muß die Abstimmung vom 20. Februar 1938 deshalb unter das Stichwort "Zentralismus der Ruständigkeit der Zentralgewalt — rubriziert werden.

* *

Zu Basel gab es ehemals noch echte Konservative. Ein solcher war Andreas Heusler Frhiner, der die "Basler Zeitung" schrieb. Als Heusler im Jahre 1850 den Handstreich der Radikalen auf das Neuenburger Schloß abfällig kritisierte, erhoben sich die Liberalen und die Radikalen Basels dagegen mit Behemenz. "Was die Folgen der ganzen Geschichte betrifft" — lese ich nun in einem Briefe Heuslers an den Zürcher Georg von Wyß mit dem Dastum des 10. April 1850 — "so war es recht auffallend, wie sich die Gegner selbst dabei in die Haare gerieten. Zwei Momente hatten zur Erregung des Sturmes gewirkt: der Haß der (radikalen) "National-Zeitung" (Brenners u.a.) und der Brotneid des (liberalen) "Intelligenzblattes" (Wieland 2c.). Schon vor der Krise gerieten beide Teile in Zerwürsnis und schimpften sich gräßlich aus, indem die jungen sogenannten Liberalen doch vor der Wildheit Brenners (rad.) erschraken. Zwei Tage darauf versetze der eine Wieland wegen eines Artikels gegen Oberst Wieland dem Redaktor der "National-Zeitung" Schabelit eine Ohrseige, wosür

er acht Tage ins Loch wandern mußte; und Schabelit beschimpste einen andern jungen Menschen, was ihm ebenfalls acht Tage Gefängnis zuzog. So haben sich diese Leute gleichsam untereinander aufgezehrt . . . "

Bom Standpunft Heuslers aus gejehen, müßten wir heute fest≈ stellen: Es gibt nur noch Lintsparteien. Die Liberalen und die Raditalen haben sich zwar zum Wahlkampf vom 20. Februar 1938 brüderlich vereinigt und stehen insoweit nicht mehr gegeneinander. Aber der Kampf der Linksgruppen untereinander ift geblieben. Er fpielt fich jest nur zwischen der liberalen und radifalen Gruppe einerseits und der margiftischen Gruppe andererseits ab. Die Kampflinie hat sich nur etwas verschoben. Und nach wie vor zehren sich alle dieje Linksgruppen untereinander auf. Wie konnen sich nur die Parteileute fo ereifern darüber, ob nun die oder jene Gruppe ans Ruder fomme, wo doch famt und sonders alles links fteht? Es ift ja jogujagen fein Unterschied, seien nun die Liberalen oder die Rabitalen oder die Sozialdemotraten Meifter! Man fieht das ja ichon an den geiftreichen Bahlparolen. Die Liberalen nehmen "Aurs gradaus!" — wohin?, die Radifalen "sammeln sich auf die Mitte" — wovon? — und nach den Sozialisten "blibt Basel sozial und demokratisch" — das ist wohl noch das Verständlichste! Nirgends ist mehr eine konservative Grundjählich feit zu erblicken, ein fester Pol der Rechten. Nur zur Linken gibt es einen Pol. Muß man sich da wundern, wenn alle Politif nach links abgezogen wird?

Nachdem der 20. Gebruar statt der angestrebten bürgerlichen Rehabilitation eine einwandfreie Biederauffrischung bes "roten Bajel" gebracht hat - jowohl ber Regierungsrat als auch Große Rat erhielten deutliche jozialis stische Mehrheiten -, burfte man sich fragen, ob wohl nicht eine Betrachtung ber Sachlage im Sinne Heuslers einige Berechtigung hatte. Fehlt nicht in Bajel, wie auch anderwärts, der Pol rechts in der Politit, eine grundjäglich tonjervative Partei, und gleitet nicht darum alles nach links ab? Man kann fich zum Konservatismus stellen wie man will, so bildet er nach meiner Meinung doch einen notwendigen Fattor im politischen Leben, weniger wegen der Macht, die er erlangen fonnte, als wegen ber Bedanken, die er produziert. Unter ben heutigen Umständen mußte dieser Konservatismus mit ben "Basler Rachrichten" die "Umtehr" erhoffen von einer "Anderung der rein materialistischen Uuffaffung in ber Bolitit", aber er murbe fich gewiß nicht wie die ,,Baster Nachrichten" auch begnügen mit einer "Umkehr" bloß kraft "Erschöpfung bes staatssozialistischen Experimentes", b. h. fraft bes "Berbrauches ber Finange und Wirtschafterejerven des alten Bajel", "jei ce durch Begsteuerung ober burch Abwanderung guter Steuerzahler ober gar ganzer Industrien". Echter Konservatismus würde klar erkennen, daß eine solche "Umkehr" vom roten Bafel, eine Umtehr nur wegen finangpolitischer Schwierigkeiten bes roten Regimes, noch lange feine wirkliche Umkehr vom Materialismus zu politisch wurdigen Grundfagen, sondern lediglich eine gemisse Berichiebung in den finangpolitischen Unsichten bedeuten murbe. Echter Konservatismus murbe sich nie mit einem bejjeren Schute bes Gelbes begnügen. Dadurch unterscheibet er fich wesentlich selbst von der als tonservativ geltenden Liberalen Partei.

* *

Wenn es noch weiterer Beweise bedurft hätte für die Unfähigkeit der politisichen Behörden, das wirtschaftliche Problem der Schweizerisschen Bundesbahnen zu lösen, so lägen sie jet in der Art und Weise, wie der Nationalrat den Entwurf zum neuen Bundesbahngesetz behandelt, klar zu Tage. Wir wissen, daß die fragliche Vorlage — ein Teil der vorgesehenen Saniesungsgesetzgebung — den S.B. neben der eigentlichen Bundesverwaltung eine etwas größere Selbständigteit verleihen wollte: Verwaltung und Betrieb der dem Bunde gehörenden Eisenbahnen sollten "Sache einer innerhalb der Schrans

ken ber Bundesgesetgebung selbständigen eidgenössischen Verwaltung" sein (Art. 1).. Und darüber hinaus schlug der Bundesrat dem Parlament vor, in den Gin= reihungs- und Bejoldungsfragen nicht mehr wie bis anhin die eibgenöffischen Rate, bezw. im Referendumsfalle das gesamte Bolt, enticheiben gu laffen, sondern diese Angelegenheiten dem Berwaltungsrate zu übertragen: "Die Aufstellung des Berzeichnisses der Amter, deren Träger die Eigenschaft von Beamten haben, sowie ber Erlag ber Besolbungsordnung für die Beamten erfolgen ... durch den Berwaltungsrat unter Borbehalt der Genehmigung durch den Bundesrat." (Art. 14.) Bährend nun der Bundesrat mit seiner Formulierung der Rechtsstellung durchdrang und ein wohlbegründeter Antrag auf Berleihung ber eigenen Rechtspersönlichkeit mit 47 gegen 102 Stimmen abgelehnt murbe, mußte es ber Bundesrat andererseits erleben, dag ber jog. Bersonalartitel (Art. 14) mit 112 gegen 53 Stimmen fiel. Es bleibt also dabei, daß die S. B. B. einen Berwaltungszweig des Bundes mit ordentlichen Bundesbeamten bilden und daß das Parlament über die Besoldungsverhältnisse zu besinden hat. Oder mit anderen Worten: es bleibt in diesen Beziehungen alles beim Alten.

Niemand wird bestreiten, daß der Betrieb der dem Bunde gehörenden Sisensbahnen eine Angelegenheit von größtem staatlich em Interesse ist. Es tann aber auch niemand bestreiten, daß der Betrieb von Sisenbahnen in erster Linie zum Bereich der Birtschaft gehört. Mit zwingender Notwendigsteit ergibt sich aus dieser Feststellung, daß also in erster Linie Birtschaft after darüber zu entscheiden haben, wie ein solcher Sisenbahnbetried aufzuziehen ist. So wenig als man sür derartige Kernsragen Rechtsgelehrte brauchen tann, so wenig taugen hiersür Politiker, die nicht die Existenz des Betriebes, sondern ans dere Ziele im Auge haben. Wer aber hat jett die Entscheide gefällt? Es sind die Interessenpolitiker der Gewerkschaften im Parlament und ihr Anhang aus den bürgerlichen Fraktionen. Es sind jene Leute, die berussmäßig die Interessen der Sisenbahner vertreten oder auf deren Wohlwollen besonderen Wert legen oder vielleicht auch — weil es ja nichts kostet — ihr gutes Herz spielen lassen wollen. Natürlich kann da gerade das wirtschaftlich notwendige Resultat nicht herausstommen.

Gewiegte Wirtschafter sagen uns aber, daß eine Sanierung der S. B. B. ohne Aufrichtung einer selbständigen Unternehmung bezw. ohne Entrudung der Personalfragen aus dem Bereiche der Politik in den Bereich wirtschaftlicher Fachleute, unmöglich sei. Wer Augen hat, um zu sehen, sieht ohne Mühe, daß das stimmt. Nur ein auf sich selbst gestelltes Unternehmen, welches mit mit ihm gegebenen normalen Mitteln auskommen will und muß, also fähig ist, sich ben wirtschaftlichen Berhältniffen anzupaffen, tann als faniert gelten. Dabei geben wir uns natürlich teinen Zweifeln barüber bin, bag ber Bund ben S. B. Ichon im Sanierungsmoment und bann auch später noch gang erheblich beifteben mußte. Solange aber immer noch die Sand der S. B. B. ohne Scheu in den Bundesfäckel greifen darf, den man immer schön bereit stellt, wird sie das auch immer tun. Was verschlägt es, wenn der Bund dadurch in Verlegenheit kommt? Warum soll man sich einschränken, sich nach der Dede strecken, wenn doch stets das nötige Geld bereit liegt? So ist es zu begreifen, daß man in den Personalkreisen 2c. gar keine Anderung der gegenwärtigen Berhältnisse für nötig sindet und sich mit einer Sanierung in bem Sinne begnugen möchte, daß ber Bund ben S. B. einen Sauptteil ihrer Laften befinitiv abnehmen wurde. Das hatte zu bedeuten, daß die S. B. B. unter den gleichen Voraussetzungen wie bisher fortwirtschaften würden und daß es nach dem jetigen zweiten Rückkauf binnen absehbarer Zeit zu einem dritten Kückfauf kommen müßte. Von einer Sanierung könnte also keine Rede sein: "Ohne Ausklammerung der unsachlichen Einflüsse ist und bleibt die Bundesbahnsanierung eine Illusion" schreibt die "Schweizerische Handelszeitung" mit Fug.

Höchst merkwürdig mußte anmuten, daß im gesamten Reorganisationsplane nicht bavon die Rede war, daß auch die Entlöhnung bes Personals einer Revision bedürfe. Im Gegenteil wurde sogar von zuständiger Stelle aus deutlich erklärt, heute könne eine Schlechterstellung bes Personals nicht erfolgen. So fonnte man fast den Eindruck bekommen, es handle sich beim vorgeschlagenen Personals artikel — Regelung ber Personalverhältnisse durch ben wirtschaftlich verantwortlichen Berwaltungsrat anstatt durch das politische Parlament — um eine wenigstens derzeit rein theoretische, organisatorische Angelegenheit. Tatsächlich haben jedoch die Eisenbahner wohl richtig herausgefunden, daß doch hinter dem Artikel eine Besoldungsrevision versteckt sei; wenn auch seine Verteidiger nicht alle daran benten, fo liegen boch die Berhältniffe ber S. B. B. fo, daß fich bem Berwaltungsrat eine solche Revision aufdrängen könnte. Da haben sie ganz recht gesehen. Unumwunden muß bargetan werden, daß auch eine Befoldung grevision notwendig ist. Wo sich 79 % der Betriebsausgaben als Personalkosten herausstellen, wo sich das Personal 3. B. um nicht weniger als 50 % besser stellt als das Personal der Maschinenindustrie, wo die Entlöhnung noch so hoch über dem Inder der Lebenskosten steht, da scheint es mir auf der Hand zu liegen, daß auch das Personal noch mehr zur Sanierung beitragen muß. Warum hat das im Nationalrat niemand gejagt? Mehr Einsicht und Mut wäre bort schon zu wünichen. Gegen ben Borwurf ber gewiß nicht zu befürchtenden "Entrechtung bes Personals" durch den Artikel 14 hat einzig der Katholisch-Konservative Eber beachtenswerte Worte gefunden. Sonst schien es, als ob sich der ganze Rat die Meinung des herrn Dr. Bital Gawer (= Gawronsth) zu eigen gemacht hätte, ber das besondere Buro des Föderativ= und des Eisenbahnerverbandes zum Kampf gegen die Entpolitisierung leitet. In seinem sonft gewiß aufschlugreichen, aber einseitigen Buche "Die Gisenbahntrise, ihre Ursachen und ihre Entwicklung" (Berlag von A. France A.-G. in Bern, 1936, 224 Seiten) hat diefer Berfaffer nämlich bie Burgeln ber Defigitmirtichaft einzig und allein in ber Berichlechterung ber Betriebsergebnisse und im Anwachsen der Rapitallaften gefunden, ohne im Zusammenhang mit ber Sanierung auch nur ein Bort über bie Bersonalfosten gu fagen.

Bülach, am 4. März 1938.

Balter Silbebranbt.

Zur politischen Lage.

Der Anschluß Ofterreichs.

Wer Gelegenheit hatte, den Umschwung in Osterreich aus eigener Anschausung mitzuerleben, dem werden jene Eindrücke noch auf lange Zeit hinaus unvergeßelich bleiben. Es war wie der elementare Ausbruch des allzulange zurückgehaltenen Willens dieses kleinen Bolkes, der sich in diesen Tagen manisestierte, wo die ganze Bevölkerung auf die Straße stieg und sich mit den deutschen Truppen zu jubelnden Kundgebungen vereinigte. In diesen Tagen ist wahrhaft ein Bolk aufgestanden und es hat sich sein Recht geholt, das ihm fremde Gewalt und Willkür lange Jahre hins durch verwehrt hatten.

So erscheint ber nunmehr vollzogene Anschluß Osterreichs an das Deutsche Reich und damit die wohl endgültige Verwirklich ung des großdeutsschen Gebankens im Grunde als etwas Selbstverständliches, als etwas, das eines Tages einsach kommen mußte auf Grund jener großen Gesetze im Leben der Bölker, die stärker sind als alle fremde Gewalt und unter deren Druck mühsam aufrechterhaltene Fiktionen eben eines Tages zusammenbrechen müssen. In diesem Falle war eine der gefährlichsten Fiktionen unserer belasteten Nachkriegszeit die Fiktion von der Unabhängigkeit Österreichs und sie konnte auch badurch nicht mehr Wahrheitsgehalt erlangen, daß unsere Schweizerpresse

jahrelang diejes Bahngebilde mit liebevoller Betreuung umgab, bis es dann eines Tages eben doch unter der logischen Gewalt zusammenbrach und mit ihm eine jener Soffnungen unserer Sofjournalistit zerfloß, die man nachgerade zur Benuge tennt und deren reale Substang sich auch in diesem Falle ihrer Träger würdig erwies, wie vor drei Jahren im Kalle der Saar. Es zeigte sich auch hier wieder, wie unrichtig es ist und wie sehr es als bem Landesinteresse schädlich bezeichnet werden muß, wenn eine große Breise ihr Bunichträume für Tatjachen und ihre Sompathien als gleichgesetzt mit den Interessen des Landes halt. So konnte es Jahre hindurch geschehen, daß unserem gläubigen schweizerischen Lefer die Unabhängigkeit Biterreichs als eine überhaupt nicht anzweiselbare Tatjache hingestellt wurde, als etwas. das aus der Ordnung dieser Welt niemals hingusgedacht werden fonne, wie alles, was mit Berfailles und ben verbundenen Berträgen zusammenhängt. Dabei war es boch jedem einigermaßen aufmerksamen Beobachter ohne weiteres flar, daß dieje Fiktion eines Tages zusammenbrechen mußte, zumal, wie man seit bald zwanzig Jahren wußte, die Mehrheit jenes Bolfes den Anschluß an das große Reich wollte ober zum minbesten aus allen möglichen Erwägungen für unumgänglich hielt.

Unter diesen Umständen war es flar, daß das Regime der Herren Dollfuß und Schuschnigg in dem Augenblick zusammenbrechen mußte, wo ihm die unumsgängliche ausländische Unterstützung versagt war. Jahrelang hatte dieses widersnatürliche Machtgebilde auf den tönernen Füßen einer volksstemden italienischen Unterstützung ein schemenhaftes Dasein gefunden, und als nun im Gesolge größerer und wichtigerer Entwicklungen jene Unterstützung naturgemäß dahinfallen mußte, war es mit der Fiktion der Unabhängigkeit Österreichs ein für alle Mal vorbei.

Immer und immer wieder drangen Stimmen über unsere Grenze, denen deutlich zu entnehmen war, daß die Mehrheit des österreichischen Volkes zum Anschluß
an das Deutsche Reich hindrängte. Aber bedauerlicherweise suchte man in unseren
großen Blättern vergeblich nach dem natürlichen Niederschlag dieser Insormationen;
dafür aber saßen in Wien Leute als Korrespondenten schweizerischer Blätter, sür
deren "Objektivität" ja allein schon die Tatsache spricht, daß sich die Herren heute
bereits sast ausnahmslos verkrochen haben, weil sie es nicht wagen dürsen, ihr insormatorisches Gesicht fürderhin zu zeigen. So wurde das Schweizervolk tagaus tagein
in einen seligen Traum gewiegt, aus dem es dann eben, nach allen Regeln der
Logik, eines Tages ein grausames Erwachen gegeben hat. Wie viele solch er
Erfahrungen werden wir noch machen müssen, bis unser
Volk dereinst selbst dafür sorgt, daß es zu richtigen Insormationen kommt?

Leider hat diese salsche Sinstellung unserer öffentlichen Meinung auch in jener Kundgebung de bung des Politischen Departements ihren Niederschlag gesunden, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch des kleinen Sterreich erlassen wurde und die es für nötig hielt, unsere Verbundenheit mit dem nunmehr der Vergangenheit angehörenden Gebilde zu betonen. Mag nun auch der eine oder andere gesühlsmäßig und aus einer salschen Beurteilung der wirklichen Verhältnisse heraus dem kleinen, "unabhängigen" Sterreich seine Sympathien gezeigt haben und, dadurch beeinflußt, in den Fehler versallen sein, eine gewisse Parallelität zwisschen Sterreich und der Schweiz zu konstruieren, so hätte doch eine solche Einstellung niemals in die amtliche Beurteilung der politischen Lage gehört! Das sollte unsseren höchsten Stellen allein schon die bloße Vorsicht sagen!

Ein Bergleich zwischen dem fleinen Sterreich und der Schweiz war zu jeder Zeit aus völlig naheliegenden Gründen durchaus abwegig. Un jer Bolf will jeine Unabhängigteit und denkt in keinem seiner drei Aulturteile auch nur einen Augenblick daran, das selbstwerständliche Bewußtsein kultureller Stammes gemeinschaft mit dem größeren Bolk an seiner Grenze auch nur im geringsten Pünktschen mit der kleinsten politischen Gleichschaltung zu durchsetzen. Das sollte in der ganzen Welt bekannt sein, und es dürste auch bekannt sein, daß, wenn es wirklich

einmal jemandem einfallen sollte, aus übertriebener oder salsch verstandener Auffassung eines politisch-imaginären Bolfstums heraus einen Marsch auf den ihm stammverwandten schweizerischen Landesteil anzutreten, ihm hier niemand entgegeneilen murbe, es fei benn mit ben Baffen. Das Schweizervolt, nicht nur in überwiegender Mehrheit, sondern in völliger Geschloffenheit, hat an dieser Tatsache nie einen Zweifel gelassen, und bas Bewußtsein seiner Unabhängigkeit geht außerbem soweit, daß es auch rein ideologische Bindungen mit einer fremden Staatsauffaffung ober mit der in einem fremden Staate amtlich gepflegten Beltanschauung verwirft und aus seinen Bezirken verbannt. Man kann es als ein Glück bezeichnen, daß die Abwidlung der öfterreichischen Angelegenheit dieses Bewußtsein im Schweizervolt noch ganz erheblich stärfer gemacht hat, als es ohnehin schon gewesen ift. Denn es ift jelbstverftändlich, daß in solchen Zeiten, wo große Staaten mit einer gezüchteten Beltanschauung verschiedenen Charafters hausieren geben und nach allen Seiten bin die ideologische Leimrute auslegen, die am Ende auf bas politische Geleise führen soll, ein fleines Bolf auch nur den Anschein vermeiden wird, als habe es mit irgend einem fremden Staat ideologisch auch nur bas Beringfte gemein. Das gilt genau jo für das falich verstandene Bolksfront- und Demokratie-Gefäusel nach Besten wie für das sogenannte "beroische" Getue nach Norden bin. Mag auch beibes burchaus einwandfreier innerer überzeugung entspringen und mag auch nicht ber geringfte Grund vorliegen, ben vaterländischen Beift der Träger biefer überzeugung in Zweifel zu ziehen, so anbert bas nicht baran, bag in unferer jegigen Zeit für folche Liebhabereien fein Plat ift. Es mare gut, wenn alle jene Mitburger, die es angeht, sich dieser Ginstellung des Schweizervolkes rechtzeitig bewußt würden, denn hier gibt es feine Rompromisse und barf es feine Rompromiffe geben. Dies hat nun heute bei den Bahlen in ber Stadt Burich eine Bewegung erfahren muffen, beren Patriotismus in feinem Buntte in Zweifel zu ziehen war, die sich aber ideologisch in gefährlicher Beise fremden Auffassungen angeschlossen hatte. Die überwiegende Mehrheit des Volkes hat ihr von einem Tag auf den andern die politische Baffe ohne jede Rücksicht und in absoluter Kompromißlosigkeit aus ber Sand geschlagen und ihre sämtlichen Bertreter mit einem einzigen Lupf aus der öffentlichen Körperschaft hinausgeholt. Die Angelegenheit diefer Bewegung dürfte damit wohl für absehbare Zeit im wesentlichen erledigt fein.

k *

Begenüber der unbestreitbaren Größe des weltgeschichtlichen Beschehens an unjerer Oftgrenze erscheint es durchaus müßig, in diesem Zusammenhang noch besonders auf gewisse Schönheitssehler einzugehen, welche dieser "Anschluß" unbestreitbar an sich hatte und die demjenigen, der diese Tage in Österreich verbrachte, keinesfalls entgehen konnten. Entscheidend ist demgegenüber die Tatsache, daß in den Tagen vom 11. bis 13. März dem österreichischen Bolke jener Bunsch in Erfüllung gegangen ift, den es in einer starken Gruppe bereits seit dem Jahre 1866 gehegt hat und der zumal seit dem Jahre 1918 zur Sehnsucht eines ganzen Bolkes geworden ift. Begenüber diefer hiftorischen Tatsache muffen alle übrigen Erwägungen zurücktreten. Dazu gehört u. G. jogar die Tatjache, daß die Mehrheit biefes Bolfes im je gigen Augenblid mahricheinlich ben Anichluß gar nicht wollte. Ich behaupte sogar, daß dazu auch die Tatsache gehört, die uns von einwandfreier nationaler Seite bestätigt murbe, daß nämlich Schuschnigg in diesem Augenblid selbst bei geheimer Bornahme der Abstimmung eine starte Mehrheit zugunsten seiner Parole für ein freies und unabhängiges Ofterreich erlangt hätte, unter der Borausjegung, daß ihm die Mitarbeit der Sozialbemofratie gewährt worden ware, woran feineswegs zu zweifeln war. Der Grund für dieje bei der grundfäglichen Einstellung biefes Bolfes recht eigentumlichen Tatjache liegt eben barin, bag bie Mehrheit des Voltes bei aller grundiäglichen Anichlußbereitschaft, die ja im Jahre

1919 bereits in aller Deutlichkeit bewiesen worben war, offenbar den richtigen Augenblick für den Zusammenschluß noch nicht für gekommen erachtete. Die Bermutung ift teineswegs abwegig, daß eben fehr viele Leute, deren Unschlugbereitschaft im Grunde nicht in Zweifel ju gieben mar, lieber eine gemiffe Abdampfung ber nationalsozialistischen Staatsführung auf dem Gebiete ber inneren Politit und ber Rulturpolitit abwarten wollten, für die übrigens gewisse Anzeichen burchaus unverkennbar waren. Wir können die Ginstellung bieser Leute recht gut verstehen. Es ist schließlich nicht jedermanns Sache, sich, und mag er sich noch so sehr als Deutscher fühlen, wie es die Ofterreicher taten, von einem Tag auf den andern einem Shitem zu verschreiben, wo der Staat alles und bas Individuum nichts ist und wo gewisse Grundsätze des staatspolitischen Lebens moberner Auffassung - wir nennen nur die Rechtssicherheit und die Trennung ber Gewalten — ziemlich ftart ins Wanten gekommen find (Niemöller!)*). Und es ist auch nicht jedermanns Sache, mit fliegenden Jahnen in ein Reich überzugehen, wo jede Art von rein religiösem, übervölkischem Glauben, sei er nun der Konfession nach protestantisch oder katholisch, mit Kritik betrachtet wird und seine Ausübung oftmals in Gefahr gerät, als Eingriff in die Totalitätsansprüche des allzu mächtigen Staates angesehen zu werben. Und es ist zumal nicht jedermanns Sache, besonders wenn er einem Volke angehört, das zu über 90 Prozent fatholisch ist und unbestreitbar start unter bem Ginflug bes Rlerus steht, in heller Begeifterung sich einem Reiche anzuschließen, wo man mit dem Papst ständig im Kriege lebt und wo man keineswegs so will, wie die hohe Beiftlichkeit! Das sind natürliche Aberlegungen, die sich gewiß mancher gemacht hätte, ware ihm tatsächlich, wie es Schuschnigg in geschickter Beise gewollt hatte, der Stimmzettel über die zeitliche Unabhängigkeit Ofterreichs in die Sand gebrudt worben.

Daran änbert auch die Tatsache gar nichts, daß heute in Ofterreich alle Welt bas Hatenkreuz trägt und "Heil Hitler" ruft. Wir haben uns bestätigen lassen, daß in Innsbruck bei einer Gesamtbevölkerungszahl von ca. 70 000 Menschen am 9. März 1938, als Schuschnigg seine große Rede mit der Ankündigung der Volksabstimmung gehalten hatte, nicht weniger als 12 000 Menschen begeistert für ihn

Das Gericht sprach ihn frei, die Geheime Staatspolizei hat ihn gefaßt. Die Begründung lautete: Man wolle Pastor Niemöller vor der Empörung jener Leute

ichuben, die gegen das allzu milde Urteil aufgebracht feien.

Pastor Niemöller mag sich im Kampf für die Kirche einige Übergriffe erlaubt haben. Aber es lag nicht in seiner Schuld, daß ihn vor allem jene Fanatiker sür sich in Anspruch nahmen und als den ihrigen priesen, die den Kirchenkampf mit politischen Mitteln führen. Niemöller blieb gerade wegen seiner wahrhaft bekennt-nistreuen Aussassischen Guter Patriot. Marxistische oder gar mit Christlichem

übertunchte marriftische Gedankengange lagen ihm fern.

Daß er nach dem Freispruch nun im Konzentrationslager sitt, ist ein Zeichen der Rechtsunsicherheit und des Rechtsbruches. Das sind nicht die wahren Freunde Deutschlands, die ein solches Borgehen gutheißen. Es wird behauptet, Pfr. Niesmöller hätte seine Haft selbst verschuldet, indem er sich geweigert habe, eine Erkläsrung zu unterschreiben, daß er nicht mehr öffentlich predigen werde. Ist dies richstig, so tat er nur seine Pflicht, die ihm durch sein Amt auserlegt wurde.

^{*)} Zu diesem Fall schreibt Pfarrer R. Grob in der "Freitagszeitung" vom 11. März 1938 folgende klaren Worte, die wir nur unterstreichen können:

Was sollen jene leider seltenen Zeitungsschreiber darauf antworten, die sich bemühen, auch die guten Seiten des heutigen Deutschland anzuerkennen und denen die Hetze gegen das Dritte Reich nicht als erste Christenpflicht vorkommt? Im Falle Niemöller sind sie geschlagen. Sie müssen zugeben, daß hier eine schwere Beugung des Rechts vorliegt. Entweder mußte der Mann eine Strafe absitzen und dann hätte er dasür verurteilt werden sollen, oder aber er wird freigesprochen, und dann soll dieser Freispruch im Namen des heiligen Rechtes nicht eine bloße Vortäuschung salscher Tatsachen sein.

bemonstrierten, und man bestätigte mir in diesem Zusammenhang weiter, daß von dieser Zahl mindestens 7000 drei Tage später den deutschen Truppen zugejubelt hätten! Noch selten mag es einem so deutlich geworden sein wie in diesen Tagen, daß die Gunst des Bostes das Wandelbarste ist, das es auf Erden gibt.

* *

Diese kurzen Hinweise aber mögen genügen. Denn es hat angesichts ber Größe des Ereignisses keinen Sinn, mit der politischen Sonde zu operieren, obwohl diese Betätigung gewiß noch manch' interessants und unerwartetes Ergebnis zeitigen würde. Der Anschluß ist nun vollzogen und er entspricht, im Sinne einer Bereinigung dieser beiden Bölker beutschen Stammes, dem Wilsen der Mehrheit auch des österreichischen Bolkes, woran nicht zu zweiseln ist. Demgegenüber hat die sür den Kenner der Berhältnisse ebenso unbestreitbare Tatsache weniger Bedeutung, daß nämlich nur eine Minderheit des österreichischen Bolkes nationalsoziaslistisch empfindet oder gar als Träger dieser Weltanschauung gewertet werden will. Das Wichtigste ist heute, daß der Anschluß vollzogen ist. Mit dem Nationalsozialisse mus werden sich die Osterreicher eben abzusinden haben.

* *

Der Anschluß Österreichs hat dem Deutschen Reiche einen im Augenblick kaum abzusehenden Machtzuwachs gebracht. Möglich, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, ist es zwar, daß das österreichische Volk im Verlause der nächsten Monate oder Jahre dem nationalsozialistischen Staat größere Verdauungsbeschwerden macht, als manche heute annehmen mögen, und daß unter diesen Umbständen die innere Stärke des größeren Reiches verhältnismäßig geringer werden kann, als die des kleineren war. Dies müßte sich in der außenpolitischen Stellung natürlich ziemlich bald auswirken und im Sinne einer gewissen Lähmung der außenpolitischen Aktivität seinen Einsluß geltend machen. Dieser Vorbehalt muß heute immerhin angebracht werden.

Im übrigen aber steht das Deutsche Reich heute in ganz Europa in überragenber Stellung. Ein Blick auf die Landkarte ist hiefür Beweis genug. Am größten sind die Konsequenzen im Falle der Tschechoslowakei, die nun mit beinahe ber Hälfte ihres Gebietes von der einigen Kraft des Deutschen Reiches zangenartig umschlossen ift. Dabei beträgt die Distang von beutscher Grenze zu beutscher Grenze am engsten Bunkt, nämlich vom Nordzipfel Niederösterreichs gerechnet bis hinüber nach Mährisch-Ostrau, also auf die andere Seite der Tschechoslowakei, nicht mehr als 150 Rm., sodaß der westliche Teil des tschechischen Gebiete3 und damit der wichtige subetendeutsche Bezirk in dauernder Ge= fahr steht, eines Tages einfach abgeschnürt zu werden. Trop allen Beruhigungsversuchen, denen man sich in Prag ergibt, ist die Tatsache unverkennbar, daß die Lage ber Tschechoslowakei birekt verzweifelt geworden ist und daß über turz ober lang bieser Staat in seiner heutigen Konstruktion zerschlagen wirb. Gewisse innerpolitische Maßnahmen zugunsten der Sudetendeutschen können diese Entwicklung kaum mehr aufhalten; benn stärker als je verlangt heute das Sudetenbeutschtum seine volle kulturelle und politische Autonomie, die ihm aber der tichechische Staat im Interesse seiner eigenen Erhaltung nicht wohl gewähren kann. So steht dieses Land heute vor einem unlösbaren Broblem. Diese Erkenntnis hat sich in den letzten Tagen besonders auch in England stark verbreitet, wo man bereits heute diesen Staat mehr oder weniger aufgegeben hat. Frankreich allein aber, auch in Berbindung mit bem durch innere Schwierigkeiten gelähmten Rußland, ift nicht in der Lage, der Tichechoflowakei wirksame Silfe zu bringen. So fteht das Schickfal dieses im Jahre 1919 fünstlich gezimmerten Staates am Außersten. Mit dem Unschluß Ofterreichs kommt nun logischerweise auch noch die lette Berfailler Position in Mitteleuropa ins Banten. Die burch die Friedensvertrage

bestimmte Epoche fann nach faum zwanzigjähriger Dauer als abgeschlossen bestrachtet werden.

Daburch, daß das Deutsche Reich mit dem Anschluß Ofterreichs in direkte Berbindung mit Ungarn und Jugoslavien kommt, ist auch die Position Itas liens schwer erschüttert. Der Grundgedanke der Römischen Protokolle des Jahres 1934, welche Italien den freien Beg nach ber Donau und dem Strom entlang sichern sollten, ist erledigt. Deutsche Truppen stehen am Brenner und halten so Italien in deutlich sichtbarer Beise Tag um Tag unter Druck. Das Reich ist überdies in der Lage, die wirtschaftlichen Beziehungen Italiens im Donauraum abjumurgen. Der hafen von Triest ist heute von der Gnade bes Deutschen Reiches abhängig, das jederzeit in der Lage ift, den hafen hamburg im Bege einer geschickten Frachtpolitik in den Vorrang zu stellen. Mussolini hat wahrlich dafür, daß ihm nun anscheinend seitens des Reiches freie Hand und Rückendeckung im Mittelmeer gewährt wird, einen teuren Preis bezahlt, und aus der Rücendeckung könnte schnell eine Rückenbedrohung werden. Es erstaunt angesichts dieser Berhältniffe feineswegs, daß die Haltung Muffolinis gegenüber ber Frage ber öfterreichischen Unabhängigkeit, entgegen anderen Informationen, insbesondere ber beutschen und italienischen Presse, bis zulett völlig undurchsichtig gewesen ift. Richt ohne Grund hat Schuschnigg noch am 24. Februar 1938 geglaubt, in der letten Minute doch noch auf Stalien gahlen zu können. So natürlich und flar es ift, bag Bfterreich dem deutschen Druck innert weniger Tage, teils gewollt, teils ungewollt, erliegen mußte, so bedeutsam ift baneben bie Tatsache, bag gur selben Stunde bas europäische Prestige der südlichen Grogmacht einen schweren Schlag erlitten hat. Dieser Punkt ift gerade heute, wo im Allgemeinen nur die Schwäche der Beftmächte in Erwägung gezogen wird, nicht zu übersehen.

Es entspricht durchaus der unheilvollen politischen Entwicklung Frankereichs, daß das welterschütternde Ereignis dieser Märztage das Land ohne hande lungsfähige Regierung gesehen hat. So konnte denn die Schwäche dieses Hauptsträgers des Versailler Systems nicht augenfälliger sein, als es geschehen ist, und, während in Mitteleuropa das vorletzte Bollwerk der Friedensverträge zusammengesbrochen ist und der Angriff bereits deutlich auf das letzte hin vorbereitet wird, müht sich der Sieger von 1918 in unheilvollen inneren Schwierigkeiten. Wahrhaft ein erschütterndes Bild!

3 ürich, am 20. März 1938.

Jann v. Sprecher.

Kultur-und Zeitfragen

Aber Wilhelm von humboldt.*)

Rein Einsichtiger wird bestreiten, daß es eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit ist, für die höhere Bildung unserer Jugend unbeeinflußt von den Erscheinungen des Tages wieder einen ungehemmteren Zugang zur deutschen Geisteswelt zu öffnen. Mit der Zuflucht, die viele Jüngere bei Franzosen, Engländern oder Italienern gesucht haben, begeben sie sich doch in Bereiche, in denen sie nie ganz heimisch werden können. Ein Beweis dafür darf z. B. darin erblickt werden, daß in den

^{*)} Paul Binswanger: Wilhelm von Humboldt. Frauenfeld 1937.